

MÄDCHEN*
UND MEHR

**Die LAG Mädchen* und junge
Frauen* in der Jugendhilfe
Schleswig-Holstein**

fragt...

1. Offene Mädchen*arbeit

In der Diskussion um die flächendeckende Einrichtung von Ganztagschulen sehen wir die Gefahr, dass offene Mädchen*arbeit verdrängt wird. Was tun Sie dafür, um außerhalb von Schule (Schutz)Räume von Teilhabe, Beteiligung und Empowerment für Mädchen* mit und ohne Behinderung zu behalten?



Wir als CDU Schleswig-Holstein wollen Kinder, Jugendliche und besonders auch Mädchen in Schleswig-Holstein unterstützen und fördern. Wir setzen uns für verschiedene Maßnahmen ein, um Kinder und Jugendliche zu stärken. Dazu zählen zum Beispiel die Unterstützung für Sportangebote in Kindertageseinrichtungen und Vereinen, das Voranbringen und Ausbauen des Portals „Jugend gestaltet nachhaltige Zukunft“, in dem Jugendliche Zukunftskon-

zepte für die eigene Region erarbeiten, oder die Einrichtung von flächendeckenden Jugendberufsagenturen als effizientes Unterstützungssystem bei der beruflichen Orientierung. Alle diese und auch weitere Angebote tragen auch dazu bei, das Selbstbewusstsein, die Selbstbestimmtheit und das Empowerment von Mädchen zu unterstützen und zu festigen.



Die SPD im Bund setzte den Ganztagsanspruch in der Grundschule durch. Wir sehen darin einen wichtigen Beitrag für mehr Bildungsgerechtigkeit und für soziale Chancengerechtigkeit. Sie kann aber nur dann funktionieren, wenn sie sich mit dem sozialen Umfeld der Schule, mit Vereinen, Kulturschaffenden usw. – einschließlich der offenen Mädchen*arbeit – vernetzt und zusammenarbeitet. Die Ganztagschule ist auch nicht so konzipiert, dass den Schüler*innen keine Zeit mehr für außerschulische Aktivitäten bleibt. Wir erwarten von ihr deshalb mehr und nicht weniger Mädchen*arbeit. Uns ist wichtig, dass der Ganztagsanspruch auch an außerschulischen Lernorten umgesetzt wird. Dafür wollen wir attraktive Konzepte erarbeiten. Auch deswegen brauchen wir mehr multiprofessionelle Teams an den Schulen, zu denen auch die

Schulsozialarbeit gehört, die sich beispielsweise um die Belange von Mädchen* kümmert. Darüber hinaus brauchen wir natürlich Rückzugsorte und Raum für selbstbestimmte Freizeitgestaltung der Schüler*innen. Dazu gehört für uns die Mädchen*arbeit weiter zu fördern und besonders Maßnahmen für Mädchen* mit Behinderung zu unterstützen, da sie oft einer Mehrfachdiskriminierung ausgesetzt sind. Auch Mädchen*häuser sind ausreichend zu finanzieren. Wir setzen uns zudem für Jugendbeteiligung in allen Lebensbereichen ein. Einfache Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort gehören dazu ebenso wie die Unterstützung der Schüler*innenvertretungen und der Jugendverbände als Werkstätten der Demokratie.



Wir setzen uns dafür ein, dass die Belange von Mädchen* und Frauen* spezifisch in den Blick genommen werden. Dabei geht es uns neben dem Schutz vor Gewalt im privaten sowie öffentlichen Raum, auch um Gleichstellung, Teilhabe und Empowerment. Seien es Themen wie das Genderbudgeting, die Förderung von Mädchen* und Frauen* in (Sport-)Vereinen und Verbänden oder die digitale Teilhabe bzw. Gerechtigkeit (z.B. Mädchen* und Frauen* für MINT-Studiengänge und das Gründertum begeistern). Wichtig ist uns außerdem, dass für queere Personen im Gesundheitsbereich

safe spaces geschaffen werden, in denen sie eine bedarfsorientierte und sensible Gesundheits- und Pflegeversorgung erhalten. Auch wollen wir Schutzkonzepte in allen Geflüchtetenunterkünften etablieren und den Zugang zu psychosozialer Versorgung und individueller unabhängiger Beratung stärken. Zusätzlich werden wir ein Gewaltschutzkonzept als Thema der inneren Sicherheit erarbeiten, unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Frauen* und Mädchen* mit Behinderung.



Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass die staatlichen Sicherungssysteme überall dort wirksam und umfassend greifen müssen, wo Menschen Unterstützungsbedarfe zur Teilhabe an der Gesellschaft haben. Aufgabe des Sozialstaates ist es, hier möglichst individuell auf die persönlichen Belange einzugehen. Wir freuen uns, dass wir mehr Teilhabe für Menschen mit Behinderungen ermöglichen konnten und Inklusion als Querschnittsaufgabe

der Landesregierung begriffen wurde. Wir treten dafür ein, dass dieser Ansatz fortgesetzt wird und der Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention fortentwickelt wird. Darüber hinaus spielt in diesem Bereich auch das Ehrenamt eine bedeutende Rolle. Deshalb werden wir es weiter unterstützen und fördern.



Wir stehen hinter dem Ausbau und der flächendeckenden Einrichtung von Ganztagschulen, da sie für uns eine große Rolle in der Förderung von Bildungsgerechtigkeit spielen. Dabei haben wir aber von Anfang an gesagt, dass Unterricht und außerunterrichtliche Angebote an allen Schulen des Landes durch verbindliche Konzepte verbunden werden müssen. In unserem Wahlprogramm

gehen wir dabei in einem ersten Schritt auf Sportvereine und Musikschulen ein, können uns aber sehr gut vorstellen, dies auf Angebote der Jugendhilfe auszuweiten. Der Zugang zu Schutzräumen muss aus unserer Sicht aufrechterhalten werden und könnte durch eine feste Zusammenarbeit mit den Schulen so gar gestärkt werden.



Das Angebot einer Ganztagschule und offene Mädchen*arbeit sind für uns klar Punkte, die nicht gegeneinander ausgespielt werden sollen. Beide leisten wichtige Arbeit für Kinder und Jugendliche, jedes Angebot auf seine Weise. Die Angebote der Mädchen*arbeit sind deswegen unbedingt zu erhalten und auszubauen. Wir wollen und dafür einsetzen, dies u.a. durch geregelte und zuverlässige Finanzierung sicher zu stellen. Unsere Forderungen zu Frauen*- und Mädchenberatung sind:

- die bedarfsgerechte Ausstattung, personelle Aufstockung und dauerhafte Sicherstellung der Finanzierung von Frauenberatungsstellen, Frauen- und Mädchenprojekten
- die Angebote müssen verstetigt werden und ihren projekthaften

Charakter verlieren. Die Mitarbeitenden brauchen eine sichere, planbare berufliche Perspektive und Mädchen* und Frauen* dauerhafte Anlaufstellen. Beratungsangebote müssen weiter dezentralisiert werden und auch wohnortnah zur Verfügung stehen. Beratungsstellen sind zu 100% durch das Land und die Kreise zu finanzieren.

- Mitarbeitende in Beratungsstellen sind nach Tarif zu bezahlen und Gehälter dementsprechend mit den Tarifsteigerungen anzupassen.
- Alle Beratungsstellen müssen einen barrierefreien Zugang gewährleisten. Für bauliche Maßnahmen muss die Finanzierung übernommen werden.

2. Mädchen*arbeit im ländlichen Raum

Mädchen*arbeit insbesondere im ländlichen Raum trägt durch ihre pädagogischen Konzepte u.a. wesentlich zur Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus in SH bei. Wie sind Ihre Pläne, um Mädchen*arbeit im ländlichen Raum weiter zu unterstützen?



Wir sind der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenarbeit für ihre wertvolle Arbeit im ländlichen Raum sehr dankbar. Wir möchten auf verschiedene Art und Weise den ländlichen Raum attraktiver gestalten, insbesondere auch für junge Menschen. Wir werden verstärkt digitale Formate nutzen, um Personen im ländlichen Raum zu erreichen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass zukünftig ein flexiblerer und maßgeschneiderter ÖPNV im ländlichen Raum

ermöglicht wird. Besonders wichtig ist uns auch die Umsetzung eines Pilotprojektes, in dessen Rahmen wir ein mobiles Kinder- und Jugendzentrum im ländlichen Raum ins Leben rufen wollen. Damit schaffen wir einen niedrigschwelligen und altersgerechten Austausch. Dieses Setting kann ggf. auch von Landesarbeitsgemeinschaften, wie beispielsweise der Mädchenarbeit, genutzt werden.



Bei all unseren Maßnahmen gegen strukturelle Gewalt gegen Mädchen* und Frauen* lassen wir uns von der Istanbul-Konvention leiten. Wir brauchen ein landesweites Programm gegen häusliche und sexualisierte Gewalt. Dieses muss auch Leuchtturmprojekte zu Gewaltprävention und -schutz im ländlichen Raum fördern und ausweiten. Eine Abwehr des Rechtsextremismus setzt auch im ländlichen Raum ein Zusammenwirken von Behörden und Zivilgesellschaft voraus, die gerade bei uns in Schleswig-Holstein sehr engagiert ist. Mit dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus haben wir den Kampf gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit gestärkt. Wir werden das Beratungs-

netzwerk in allen Regionen des Landes ausbauen, sodass die Zivilgesellschaft überall in Schleswig-Holstein ortsnahe Ansprechpartner*innen hat. Zudem soll die institutionalisierte Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit vorangetrieben werden. Auch die Mädchen*arbeit ist ein wichtiger Teil der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus. Ist sie doch gerade im ländlichen Raum ein wichtiger Anker dafür, demokratische Haltungen zu stärken und so die Resilienz gegen Rechtsextremismus zu fördern sowie einen Safe-Space für Mädchen* zu schaffen. Diese Arbeit unterstützen wir weiterhin.



Wir nehmen mit unserer Politik den ländlichen Raum verstärkt in den Blick und setzen uns dafür ein, dass Beratungsstellen flächendeckend ausgebaut werden.



Wir werden die ehrenamtliche Arbeit im ländlichen Raum weiter fördern. Damit das Ehrenamt gut arbeiten kann, braucht es auch professionelle Unterstützung, um in administrativen, organisatorischen oder fachlichen Belangen unterstützt zu werden. Nach dem Grundsatz „Ehrenamt braucht Hauptamt“ wollen wir Freie Demokraten insbesondere im Bereich der Jugendverbandsarbeit, also auch der Mädchenarbeit, die Strukturen stärken. Wir werden

außerdem die Ehrenamtsstrategie des Landes fortsetzen und weiterentwickeln, um die verschiedenen ehrenamtlich Tätigen, z.B. im Sport, in der Kultur oder für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den Rücken zu stärken. Die Pandemie war dabei eine besondere Herausforderung für die ehrenamtliche Arbeit. Daher wollen wir dafür Sorge tragen, dass Strukturen, Angebote und Netzwerke erhalten bleiben und ausgebaut werden.



Bei unserer Kulturförderung legen wir besonderen Wert auf die Unterstützung des ländlichen Raums und wollen Förderprogramme über das Jahr 2022 hinaus weiter laufen lassen. Hierfür wollen wir Einrichtungen und Projekten auch dabei helfen, verstärkt Bundesmittel zu akquirieren. Dies könnte auch der Mädchen*ar-

beit im ländlichen Raum zu Gute kommen. Frauen*- und Mädchen*beratungsstellen wollen wir erhalten und bedarfsgerecht ausbauen, auch um die Istanbul-Konvention zu erfüllen. Dafür ist eine finanzielle Förderung von Land und Bund unentbehrlich.



DIE LINKE will die ländlichen Räume stärken. Dazu gehören ausdrücklich Räume für die Jugend- und Mädchen*arbeit. DIE LINKE will, dass in allen Dörfern Schleswig-Holsteins mindestens ein Raum vorhanden ist, der unkommerziell genutzt werden kann. In

solchen Räumen könnte dann auch an festen Zeiten Mädchen*arbeit stattfinden.

3. Sicherstellung von Mädchen*arbeit

Wir begrüßen Bestrebungen, Räume und Institutionen für queere Jugendliche auszubauen und damit die Umsetzung des §9(3) SGB VIII. Wie möchten Sie sicherstellen, dass zusätzlich zur queeren Jugendarbeit Mädchen*arbeit und wichtige Schutzräume für Mädchen* bestehen bleiben und erweitert werden können?



Schutzräume für queere Jugendliche müssen genauso bestehen bleiben, wie die Schutzräume für Mädchen. Das darf für uns niemals in Konkurrenz zueinander stehen, sondern muss parallel existieren, ohne dass es Nachteile für Personengruppen gibt.

Wir sehen das Problem bzw. die damit verbundenen Sorgen und Befürchtungen und werden uns in einem intensiven Dialog dazu austauschen, um effektive Lösungen zu finden.



Wir treten Gewalt gegen Kinder und Jugendliche an jeder Stelle entschieden entgegen. Kinderschutzzentren und Mädchen*häuser sind ausreichend zu finanzieren und zu unterstützen. Wir wollen zudem das selbstorganisierte Engagement von Jugendlichen stärken. Dazu gehört für uns die Mädchen*arbeit weiter zu fördern und besonders Maßnahmen für Mädchen* mit Behinderung zu

unterstützen, da sie oft einer Mehrfachdiskriminierung ausgesetzt sind. Darüber hinaus initiieren wir für den Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit eine landesweite Koordination. Gerade die Angebote der Offenen Arbeit wie die Mädchen*treffs sind mit ihrem niedrighwellen Zugang wichtige Einrichtungen der sozial-räumlichen Infrastruktur.



Es ist nicht unser Anliegen, queere Jugendarbeit zu Lasten von Mädchen*arbeit auszubauen. Wir möchten beides sicherstellen und sehen darin keinen Widerspruch. Im Gegenteil, denn auch lesbische, bisexuelle und trans-Mädchen* profitieren von queeren

Beratungsstrukturen.



Mit der Umsetzung der SGB VIII-Reform des Bundes steht die Jugendhilfe vor großen Aufgaben. Dabei sind insbesondere die auch von Schleswig-Holstein immer geforderte Stärkung der Heimaufsicht und Umsetzung der sog. inklusiven Lösung zu nennen. Land

und Kommunen sollen hier gemeinsam an der Umsetzung und den Lösungen im Land arbeiten. Daneben soll ein Ausbau der Kinderschutzzentren ermöglicht werden.



Wir sehen hier an dieser Stelle eigentlich keinen Gegensatz. Wir befürworten den Ausbau der queeren Jugendarbeit genau wie den der Mädchen*arbeit, zumal ja gerade auch sexuelle Orientierung und Gender-Fragen Aspekte der Mädchen*arbeit sind, besonders

wenn es um Fragen der sozialen Ungerechtigkeit geht. Sollten Sie unsere Einschätzung nicht teilen, würden wir uns über Hinweise freuen.



Auch hier finden wir es wichtig, keine der Zielgruppen der spezifischen Kinder- und Jugendarbeit gegeneinander auszuspielen.

Die Angebote der Mädchen*arbeit sind deswegen unbedingt zu erhalten und auszubauen. Wir wollen und dafür einsetzen, dies u.a. durch geregelte und zuverlässige Finanzierung sicher zu stellen. Unsere Forderungen zu Frauen*- und Mädchenberatung sind:

- die bedarfsgerechte Ausstattung, personelle Aufstockung und dauerhafte Sicherstellung der Finanzierung von Frauenberatungsstellen, Frauen- und Mädchenprojekten
- die Angebote müssen verstetigt werden und ihren projekthaften Charakter verlieren. Die Mitarbeitenden brauchen eine sichere,

planbare berufliche Perspektive und Mädchen* und Frauen* dauerhafte Anlaufstellen. Beratungsangebote müssen weiter dezentralisiert werden und auch wohnortnah zur Verfügung stehen. Beratungsstellen sind zu 100% durch das Land und die Kreise zu finanzieren.

- Mitarbeitende in Beratungsstellen sind nach Tarif zu bezahlen und Gehälter dementsprechend mit den Tarifsteigerungen anzupassen.
- Alle Beratungsstellen müssen einen barrierefreien Zugang gewährleisten. Für bauliche Maßnahmen muss die Finanzierung übernommen werden.

4. Transkulturelle Mädchen*arbeit

Wie fördern Sie transkulturelle Mädchen*arbeit in unserer Migrati-onsgesellschaft? Brauchen Ihrer Meinung nach Mädchen* und junge Frauen* mit Migrations- und Fluchterfahrungen besondere Angebote und an welche haben Sie gedacht?



Als CDU wollen wir eine vielfälge und gleichberechtigte Gesellschaft in unserem Land aktiv gestalten. Dabei benötigen unter anderem Frauen und Mädchen mit Migrations- und Fluchterfahrungen besonderen Schutz. Wir sind davon überzeugt, dass ein Empowerment von Mädchen und Frauen am besten durch gezielte Sprach- und Integrationsangebote gelingen und gut umgesetzt

werden kann. Diese Bildungsangebote werden wir besonders für junge Zugewanderte in der Kita, in der Schule, im Beruf oder im Sport und Ehrenamt weiter ausbauen. Um die Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen weiter zu stärken, lehnen wir zudem das Tragen einer Burka oder eines Niqab in Lehrveranstaltungen ab.



Uns ist bei der Bekämpfung struktureller Diskriminierungen wichtig, sodass wir diese auch intersektional angehen. Das heißt, dass wir als SPD bei der Entwicklung von Angeboten die Mehrfachdiskriminierungen mitdenken. Deswegen müssen insgesamt Beratungsstellen für viele andere wichtige Bereiche so gestärkt werden, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können. Zu diesen gehören die Fachberatung für geflüchtete Mädchen* und Frauen*, Beratungsstellen für wohnungslose Frauen*, die aufsuchende Beratungsstelle für Sexarbeiter*innen. Erfahrungen zeigen, dass Frauen* nach der Flucht besondere Unterstützungsangebote benötigen. Dazu gehören beispielsweise Zugangsmöglichkeiten zu Informationen über eigene Rechte. Gleich-

zeitig beobachten wir, dass sich viele Selbsthilfeorganisationen gegründet haben, die sich geflüchteter Frauen annehmen. Diese wichtige Arbeit wollen wir unterstützen. Ein Weg wäre, Informationen über landesweite Hilfs- und Unterstützungssysteme für gewaltbetroffene geflüchtete Frauen* auf einer Website zu bündeln und schnell sowie barrierefrei auffindbar zu machen. Auch werden wir die Arbeit von mobilen psychosozialen Sprechstunden für besonders belastete gewaltbetroffene geflüchtete Frauen* in Unterkünften stärken. Wir sorgen für eine bessere Ausstattung und Sensibilisierung der zuständigen Behörden, wenn es um geschlechtsspezifische Belange geht.



Mädchen* und junge Frauen* mit Migrations- und Fluchterfahrungen haben oftmals traumatische Situationen erlebt. Wir Grüne wollen dem Rechnung tragen und setzen uns deshalb dafür ein, Schutzkonzepte in allen Geflüchtetenunterkünften zu etablieren und den Zugang zu psychosozialer Versorgung und individueller unabhängiger Beratung zu stärken. Wir brauchen außerdem eine

nachhaltig aufgestellte Beratungslandschaft mit guten Rahmenbedingungen. Wir möchten die bereits existierenden Migrationsberatungsstellen sowie spezialisierten Fachstellen zu einem aufeinander abgestimmten Beratungsnetzwerk in Schleswig-Holstein ausbauen, stärken und wo es sinnvoll ist, verstetigen.



Wir Freie Demokraten werden für diese vulnerablen Gruppen spezielle Aufklärungskurse anbieten. Die betroffenen jungen Frauen und Mädchen sollen in diesem Rahmen über ihre Rechte in Deutschland aufgeklärt werden. Selbstverständlich spielen hierbei

auch die psychosozialen Anlaufstellen eine entscheidende Rolle. Ihre Finanzierung werden wir, wie auch in diesem Jahr, bei Bedarf weiter sicherstellen.



Ganz generell halten wir es für wichtig, den bedarfsgerechten Ausbau der DaZ-Strukturen umzusetzen und die kontinuierliche Förderung von kostenlosem Unterricht von Deutsch als Zweitsprache (DaZ) zu gewährleisten. Zu einer gelungenen Integration gehört der schnelle Erwerb der deutschen Sprache. Vor Ort müssen feste kommunale Integrationsbeiräte eingerichtet werden und die Möglichkeit der politischen Mitgestaltung gegeben sein. Zusätzlich wollen wir einen Runden Tisch Interkultur einrichten, bei dem

migrantische Kulturvereine und ausgewählte Kultureinrichtungen zusammenkommen, um sich gemeinsam zu überlegen, welche Initiativen es braucht, um die Lebenswelt von Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung zu verbessern. Die Perspektive von Mädchen* und Frauen* sollte hier unbedingt vertreten sein, um genderspezifische Bedarfe zu benennen. Wir sehen besonders in dem Bereich der Selbsthilfe und Empowermentarbeit Bedarfe.



Wir wollen geflüchtete Mädchen* und Frauen* willkommen heißen! Wir fordern:

- Geflüchteten Frauen* und Mädchen* ein gutes Ankommen ermöglichen!
- Bildungs- und Beratungsangebote ausweiten!
- Alle Sprach- und Integrationskurse müssen die Möglichkeit einer Kinderbetreuung während der Unterrichtszeiten bieten, die Finanzierung ist durch das Land sicherzustellen, auch bei Ausfallzeiten der Kursteilnehmenden.
- Ehegattenunabhängigen Aufenthalt ermöglichen!
- Sexualisierte Gewalt als Fluchtgrund anerkennen
- Schutz und Beratung darf nicht durch Kommunikationsbarrieren verstellt werden. Beratungsstellen müssen jederzeit die Möglichkeit haben, Sprachmittlerinnen und Gebärdendolmetscherinnen hinzuzuziehen. Die dabei entstehenden Kosten sind ihnen durch das

Land zu ersetzen.

- die Festlegung von landesweit einheitlichen, der Sicherung des Kindeswohls angemessenen Standards für Unterbringung, Versorgung und Betreuung von unbegleiteten, minderjährigen Geflüchteten. Die Beteiligung und die umfassende Information der Minderjährigen über ihre Situation und alle Verfahren, denen sie sich unterziehen müssen, müssen sichergestellt werden. Hierzu ist die zeitnahe Einsetzung einer rechtlichen Vertretung dringend notwendige Voraussetzung.
- Kita-Plätze für alle geflüchteten Kinder in regulären Kitas. Diese müssen ausgebaut und personell gestärkt werden. Die größeren Kinder brauchen den Schulbesuch in regulären Schulen, nicht in Sammelunterkünften. Städte und Gemeinden sollen bei der Sicherstellung von ausreichend Plätzen in Schulen und Kitas für die Beschulung und die Betreuung von geflüchteten Kindern unterstützt werden.

5. Sexismus

Der Landesaktionsplan gegen Rassismus setzt einen Beitrag gegen menschenfeindliche Diskriminierung. Planen Sie, Maßnahmen gegen Sexismus, der Nährboden für patriarchale Gewalt ist, zu entwickeln? Ist ein Landesaktionsplan gegen Sexismus geplant? Wo setzen Sie an, um Mädchen* zu empowern?



Wir stehen hinter Mädchen und jungen Frauen. Wir positionieren uns sehr deutlich dahingehend, dass wir eine Nulltoleranz gegenüber Sexismus und Rassismus haben und uns gegen beides gleichermaßen wehren müssen. Beides ist auch Ausdruck struktu-

reller Probleme, die wir intensiv bekämpfen müssen und werden. Daher finden wir Ihre Anregung sehr interessant und werden diese als Vorschlag in die nächste Legislaturperiode einbringen und diskutieren.



Mit verschiedenen Maßnahmen wollen wir hier Mädchen* empowern. Die institutionalisierte Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit wollen wir vorantreiben. Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass die Istanbul-Konvention vollständig umgesetzt wird. Aus diesem Grund werden wir ein landesweites Programm gegen häusliche und sexualisierte Gewalt aufsetzen, das u.a. Gewaltschutzkonzepte in allen Bereichen fordert und fördert. Dieses landesweite Programm wird barrierefrei gestaltet. Wir werden auch Leuchtturmprojekte zu Gewaltprävention und -schutz im ländlichen Raum fördern und ausweiten. Darüber hinaus werden

wir Opfer von Diskriminierungen und Gewalt konkret unterstützen und rechtlich schützen. Daher wollen wir ein Landesantidiskriminierungsgesetz in Schleswig-Holstein einführen. Die Schleswig-Holsteinische Initiative für Frauen (SCHIFF) des Landesverbandes Frauenberatung in Schleswig-Holstein e.V. sensibilisiert für die Formen und Ursachen geschlechtsspezifischer Gewalt auf verschiedenen Ebenen. Diese Initiative unterstützen wir sehr. Die vorgelegte Gleichstellungstrategie für Schleswig-Holstein werden wir diskutieren und ergänzen. Dazu gehören auch Maßnahmen gegen Sexismus.



Unsere Politik zielt darauf ab, Mädchen* und Frauen* zu empowern und patriarchale Strukturen aufzubrechen. Die Idee eines Landesaktionsplans gegen Sexismus nehmen wir gerne mit in unsere Beratungen. Wir setzen uns z.B. dafür ein, dass, Jurist*innen dazu befähigt werden, sexistische Straftaten als solche zu erkennen, diese effektiv zu verfolgen und mit den Opfern solcher Taten angemessen umzugehen. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass Gleichberechtigung auch durch mediale Öffentlichkeit beeinflusst

wird. Daher setzen wir uns auf Bundesebene für ein Verbot sexistischer Werbung ein. In allen Bereichen des Lebens, in denen Mädchen* und Frauen* unterrepräsentiert sind, setzen wir uns für die gleichberechtigte Teilhabe und Repräsentanz ein. Gläserne Decken müssen der Vergangenheit angehören! Wir setzen dabei auf (Weiter-)Bildung, Aufklärungskampagnen für bestimmte Studiengänge und Berufszweige, Vernetzungs- und Beratungsangebote sowie Frauenquoten, z.B. in Unternehmen mit Landesbeteiligung.



Wir werden gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, sei es Rassismus, Homophobie, Sexismus oder Ähnliches, umfassend bekämpfen. Dazu werden wir prüfen, welche Instrumente dazu am besten geeignet sind. Die Idee eines Landesaktionsplans gegen

Sexismus werden wir im Zuge dessen näher betrachten.



Wir setzen uns weiterhin für die Umsetzung der Istanbul-Konvention ein und wollen den Landesaktionsplans zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen in Schleswig-Holstein auf Basis der Istanbul-Konvention weiterführen. Im Sinne der Gleichbehandlung der Geschlechter können wir uns eine Erweiterung des Landesaktionsplans für Gleichstellung und/oder gegen Sexismus zur Stärkung und Ausweitung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sehr gut vorstellen und werden dies in der nächsten Legislatur-

periode prüfen. Auch für uns ist die Verwirklichung der rechtlichen und der tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter ein wesentliches Element in der Verhütung von Gewalt gegen Frauen. Dabei werden wir vermehrt auf die Einbindung von geschlechtersensibler Pädagogik in den Schulen achten und möchten an dieser Stelle noch einmal auf die Möglichkeiten verweisen, die eine Einbindung der Jugendhilfen in die Ganztagschulen bieten könnte.



Wir wollen auf einer umfassenden Ebene jeglicher Art von Diskriminierung entgegenreten. Dazu wollen wir:

- ein Landesgesetz gegen Diskriminierung nach dem Vorbild des Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes.
- Eine Ombudsstelle für Betroffene von Diskriminierung.

Im Bezug auf Sexismus wollen wir auf mehreren Ebenen ansetzen: Zunächst wollen wir Frauen* und Mädchen* stärken, indem wir eine feminsitische Perspektive in allen zu Treffenden Entscheidungen im Landtag mit einfließen lassen: Linke Frauen*politik im schleswig-holsteinischen Landtag wird alle landespolitischen

Initiativen unter der Fragestellung prüfen, wie sie sich für die Frauen* und Mädchen* im Land auswirken und ob sie die Lage der Frauen* und Mädchen* in Schleswig-Holstein explizit verbessern können. Empowerment kann u.a. durch Maßnahmen etnstehen, die das Geörtwerden von Frauen* un Mädchen* möglich machen. Wir wollen für eine weitere Durchsetzung der Parität kämpfen. Außerdem wollen wir Gender-Care-Gap und Gender-Pay-Gap entgegenwirken. Weiter sieht unser Wahlprogramm ein umfassendes Konzept zur (partriarchalen) Gewaltprävention an Frauen* und Mädchen* vor.

6. Akzeptanzförderung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt

Mit dem neuen KJSG und der darin verankerten erweiterten Geschlechterperspektive in §9(3) sind Teilhabegerechtigkeit und Barriereabbau explizite Gesetzaufträge der Jugendhilfe. Welche Ziele werden Sie im Bereich der Akzeptanzförderung sexueller und geschlechtlicher Orientierung verfolgen?



Als CDU Schleswig-Holstein verfolgen wir das Ziel der Gleichbehandlung und Gleichstellung von allen Menschen. Dazu gehört auch die Akzeptanz und Toleranz jeglicher sexuellen und geschlechtlichen Orientierung. Im Rahmen des Landesaktionsplans Echte Vielfalt konnte das Land Schleswig-Holstein Veranstaltungen

und Projekten rund um das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt initiieren. Dadurch wurde auf das Thema LSBTI* aufmerksam gemacht- was das Thema sichtbar macht und für Sensibilisierung sorgt. Wir wollen auch weiterhin in diesem wichtigen Themenbereich zahlreiche Projekte und Kampagnen finanziell fördern.



Wir machen uns für die Vielfalt und Akzeptanz unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identitäten stark. Diese Lebenswirklichkeit sollte sich auch in Veröffentlichungen der Landesregierung, Druckschriften des Landtages, der politischen Bildung sowie in Unterrichtsmaterialien widerspiegeln. Wir als SPD stehen für den respektvollen Umgang mit Menschen aller Geschlechtsidentitäten ein – auch in der Sprache. Wir setzen daher auf eine inklusive Sprache, die alle gleichermaßen anspricht. Auch werden wir die geschlechtersensible Aus- und Fortbildung des Lehr- und Erziehungspersonals anbieten. Aufklärungs- und Unterstützungsprojekte in den Bereichen queerer Identitäten wollen wir stärken.

Dafür wollen wir gemeinsam mit Interessenvertreter*innen den Landesaktionsplan „Echte Vielfalt“ fortführen und erweitern. Wir wollen die Geschäftsstelle „Echte Vielfalt“ als landesweite Ansprech- und Netzwerkstelle stärken, um die Anliegen der Community noch breiter aufgestellt zu vertreten. In der Landesverwaltung schaffen wir eine zentrale Zuständigkeit für Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Trans, Inter und Queer (LSBTIQ*)-Themen. Wir wollen, dass queere Menschen im Recht gleichbehandelt werden. Wir werden Anliegen der Community in der Ehrenamtsstrategie des Landes berücksichtigen. Darüber hinaus werden wir landesweit agierende Institutionen weiter fördern.



Wir wollen, dass Schulen und Angebote der Jugendarbeit sichere Orte werden, an denen junge Menschen in der Erkundung ihrer Identität nicht mit Diskriminierungserfahrungen und Ausschluss-erlebnissen konfrontiert werden. Daher setzen wir uns für eine zugewandte Begleitung im Sinne einer fächerübergreifenden vorurteils- und diversitätsbewussten Pädagogik der Vielfalt als grundlegende pädagogische Perspektive ein. Wir setzen uns dafür ein, dass geschlechtliche Identität, Unterschiedlichkeit von Körpern

und sexuelle bzw. romantische Orientierung, sexuelle Selbstbestimmung und reproduktive Rechte in der Schule angemessen und vorurteilsfrei thematisiert werden, explizit auch außerhalb des Sexualkundeunterrichts. Außerdem möchten wir die Zusammenarbeit freier Träger und Kooperationen mit einer Reihe von Schulen flächendeckend ausbauen und Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen und anderen Beschäftigten an Schulen qualifizieren.



Wir Freie Demokraten werden den Landesaktionsplan für die Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten in Zusammenarbeit mit der Community und anderen NGOs fortentwickeln und für eine bedarfsgerechte Finanzierung sorgen. Darüber hinaus werden wir die Bundesregierung bei der Umsetzung der Erfolge im Koalitionsvertrag für LSBTIQ-Rechte unterstützen, z.B. bei der Ergänzung

des Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes, um eine Ersetzung des Transsexuellengesetzes durch ein Selbstbestimmungsgesetz durchzusetzen. Außerdem werden wir weiterhin Schulen ermutigen, die Angebote von Schulaufklärungsprojekten wahrzunehmen für eine Jugendarbeit, die selbstbewusste Coming-Outs unterstützt.



Wir streben für die nächste Legislatur eine Ausweitung des Landesaktionsplans Echte Vielfalt an. Wir wollen den Haushaltsansatz erhöhen, um im Land wirklich flächendeckend eine Akzeptanzförderung sexueller und geschlechtlicher Orientierung bewirken zu können. Wir wollen, dass geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in allen Lebensbereichen sichtbar wird, um deren Akzeptanz zu fördern. An den Schulen wollen wir für Lehrkräfte flächendeckende

Weiterbildungsangebote schaffen, die an Schule tätige Erwachsene für die Lebenswelten queerer Jugendlicher sensibilisiert. Darüber hinaus ist es uns wichtig, die nächsten Jahre intensiv zu nutzen, um bedarfsgerechte Beratungsangebote und bedürfnisorientierte Gesundheitsversorgung insbesondere für trans*, inter* und nicht-binäre Menschen zu schaffen. Hierbei darf der ländliche Raum nicht vernachlässigt werden.



- DIE LINKE fordert einen Neustart des Aktionsplans „Akzeptanz für sexuelle Vielfalt“. Wir wollen nicht weniger als 250.000 Euro pro Jahr bereitstellen, damit umfassende gesellschaftliche Bemühungen ergriffen werden können, um allen Formen von Queerfeindlichkeit nachhaltig zu begegnen. Alle zwei Jahre soll der finanzielle Bedarf überprüft werden.
- Wir brauchen eine Studie, die konkrete Punkte benennt der Queerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein zu begegnen.
- Aufklärung in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen muss gefördert werden. Das ehrenamtlich getragene „SchLau“-Projekt leistet mit seinem Ansatz der „peer education“ wichtige Arbeit. Dieses Projekt muss durch das Land verstärkt gefördert und ausgebaut werden, um möglichst flächendeckend an Schulen eingesetzt zu werden. Außerdem gehören alternative Lebensentwürfe in Lehrpläne und Schulbücher. Hierfür sollte ein Auftrag an eine Fachstelle gehen. Wir wollen möglichst viele Lehrkräfte und sozialpädagogisch Tätige schulen, Gewalt aufgrund von Queerfeindlichkeit wahrzunehmen und ihr zu begegnen. Transgeschlechtlichen Menschen muss in allen Bereichen mit mehr Sensibilität begegnet werden. Auch wenn wir das erniedrigende Transsexuellengesetz

auf Landesebene nicht beenden können, wollen wir auch unter diesen Bedingungen in der Schule, im Krankenhaus oder in Behörden auf die tatsächliche Identität der Menschen eingehen, egal welche Merkmale ihnen ihr Pass aufzwingt. DIE LINKE setzt sich für eine Einrichtung von Unisex-Toiletten zusätzlich zu den Frauen und Männer Toiletten in allen öffentlichen Gebäuden ein.

- Wir wollen mehr Coming-Out-Hilfestellungen. Gerade in ländlichen Regionen fehlen entsprechende Anlaufstellen, die insbesondere Jugendlichen helfen, den Übergang vom inneren zum äußeren Coming-Out möglichst schnell und für ihre Persönlichkeit positiv zu vollziehen. Hierbei sind Mischkonzepte von Off- und Onlineangeboten zu nutzen.
- Grundsätzlich fordern wir in allen Städten und Kreisen die Einrichtung einer ausreichend geförderten Beratungsinstitution zu jeglichen Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsfragen.
- Um vielen dieser Forderungen auch durch Verwaltung und Politik des Landes Gewicht zu verleihen, fordert DIE LINKE die (Wieder-)Einrichtung eines „Referats für die Vielfalt sexueller Identitäten“ in einem Ministerium.

7. Fachkräftemangel

Welche Maßnahmen zur Behebung des sozpäd. Fachkräftemangels werden geplant, um den lange unterschätzten Bedarf in der Jugendhilfe und im Speziellen in der Mädchen*arbeit zu decken sowie die qualifizierte Ausbildung sicherzustellen?



Der Fachkräftemangel tangiert mittlerweile fast jede wirtschaftliche und soziale Branche. Für uns steht fest: das müssen wir ändern. Wir wollen besonders die Zahl der Ausbildungs- und Studienangebote erhöhen und dabei gezielt für das Studienfach Sonderpädagogik werben. Außerdem machen wir uns für attraktivere Arbeitsverträge stark und streben Verbesserungen in der

Personalentwicklung an. Darüber hinaus setzen wir uns für eine engere Verzahnung von schulischen Systemen mit der Kinder- und Jugendhilfe ein. Dabei wollen wir die Schulsozialarbeit - bei Anerkennung der professionellen Eigenständigkeit - in Poollösungen mit Schulbegleitung und Schulassistenten integrieren und unter Beteiligung von Bund, Land und Kommunen mittelfristig ausbauen.



Unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss es sein, die sozialen Berufe von Anfang an so zu gestalten, dass viele Menschen diese Berufe ergreifen und diese langfristig ausüben wollen und können. Wirtschaftliche Egoismen oder kalte Markt-Logik dürfen dem nicht entgegenstehen. Der nächste Schritt folgt jetzt, um die sozialen Berufe attraktiver zu machen. Die Einführung einer guten Ausbildungsvergütung für alle nicht akademischen Ausbildungsberufe im sozialen Bereich ist unser Ziel. Wir brauchen für die sozialen Berufe eine gute, anerkennende und leistungsgerechte

Bezahlung. Dieses Ziel wollen wir insbesondere über die Stärkung der Tarifbindung und der Sozialpartnerschaft erreichen. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge im Gesundheits- und Sozialwesen an. Lernen geschieht ein Leben lang. Die Veränderungen in der Arbeitswelt oder gesellschaftlicher Entwicklungen zeigen, wie wichtig Weiterbildungsangebote sind. Deshalb wollen wir das Recht auf Weiterbildung mit Leben füllen und uns für die landesweite Vernetzung von Weiterbildungsangeboten einsetzen.



Mögliche Wege wären aus unserer Perspektive, die Ausbildung attraktiver zu machen, das Berufsbild an sich durch eine bessere Bezahlung und weniger Belastung attraktiver zu machen. Fachkräfte zu gewinnen durch z.B. Fachkräfteanwerbung im Ausland. Außerdem möchten wir Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte, um am Puls der Zeit bzgl. gesellschaftspolitischer Entwicklungen

zu bleiben. Um dem bestehenden Fachkräftemangel in den sozialen Berufsfeldern entgegenzuwirken, wollen wir zunächst dem Fachkräfte- und Dozierendenmangel entgegenwirken. Dazu sollen Professuren attraktiver werden und die Anzahl der Promotionsstellen ausgebaut werden. Auf lange Sicht wollen wir damit den dringend benötigten Nachwuchs ausbilden.



Wir werden dem Fachkräftemangel mit geeigneten Maßnahmen begegnen. Dazu werden wir prüfen, wie wir den Zugang zu einer Ausbildung und die Ausbildungsbedingungen bzw. -voraussetzungen optimieren können. Wir werden aber auch schauen, wie

wir Arbeitsbedingungen verbessern können, um Fluktuation entgegenzuwirken.



Der Fachkräftemangel im sozialpädagogischen Bereich ist leider kein neues Phänomen und längst eines der drängendsten Probleme. Auch wir haben uns im Rahmen unserer Arbeit in der Küstenkoalition schwer damit getan, diesen Trend zu stoppen. Letztlich sind wir davon überzeugt, dass keine Absenkung von Standards, sondern vielmehr nur eine Aufwertung der Berufe helfen kann. Hier sind verschiedene Maßnahmen notwendig. Wir müssen zum Beispiel zu

vielfältigeren Karrierewegen, zu Vereinfachungen bei der Anerkennung in- und ausländische Fachkräfte, zu einem größeren Maß an Anerkennung und Wertschätzung und auch zu einer besseren Entlohnung auch in der Jugendhilfe kommen. Letztlich ist das natürlich eine Frage der Ressourcenausstattung. Und daher werden wir nicht zuletzt vom Bund mehr Mittel für die Beschäftigten fordern.



Wir wollen die Zugänge zu den Studiengängen der sozialen Arbeit vom Numerus Clausus befreien, um dem Fachkräftemangel im Bereich der sozialen Arbeit entgegenzuwirken. Außerdem wollen wir Quereinstiege erleichtern. Die entsprechenden Module zur Mädchen*arbeit an den Hochschulen aber auch in der Erzieher*innen-ausbildung wollen wir stärken. Außerdem müssen die Arbeitsbedingungen besser werden. Es bedarf einer Aufwertung der Berufe in der sozialen Arbeit. Es müs-

sens mehr Multivision, mehr Gehalt und mehr qualitativ hochwertige Fortbildungen geboten werden. Die Inhalte zu überarbeiten in der Ausbildung aber auch in Fortbildungen muss selbstverständlich werden. Trans*kulturelle Mädchenarbeit muss ebenso eine Rolle spielen wie andere queere Inhalte.

8. Kostenfreie Periodenprodukte

In öffentlichen Einrichtungen, wie z.B. den Unis in Flensburg, Passau und Regensburg, an Schulen in Wiesbaden und in Schulen, Verwaltungsgebäuden und Kultureinrichtungen in Potsdam gibt es gratis Periodenprodukte. Gibt es Ihrerseits Bestrebungen, das landesweit für Schleswig-Holstein zu übernehmen?



Die Bereitstellung kostenfreier Periodenprodukte in öffentlichen Einrichtungen finden wir gut. Wir wollen daher den Zugang zu Menstruationsartikeln weiter ausbauen und fördern. Deshalb fordern wir eine Evaluierung und ggf. Anpassung der bestehenden sozialen Sicherungssysteme auf Bundesebene. Außerdem soll das

AsylBLG auf seine Auskömmlichkeit in Bezug auf den Erwerb von Menstruationsprodukten geprüft werden. Dabei wollen wir die Bemühungen der Kommunen weiter unterstützen und begrüßen ausdrücklich die zahlreichen kommunalen Pilotprojekte.



Ja, eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird die Hochschulen, Universitäten, Berufsschulen und weiterführenden Schulen dabei unterstützen, kostenlose Hygieneartikel in Sanitäranlagen zur Verfügung zu stellen. Bereits im Februar stellte unsere SPD-Landtagsfraktion (zusammen mit dem SSW) den Antrag, die Auslage von kostenlosen Menstruationsartikeln in landeseigenen

Einrichtungen wie Bibliotheken oder Museen zu veranlassen und dies zu finanzieren. Die Kommunen sollten darüber hinaus ermutigt werden, es gleichzutun. Diese Initiative mündete erfolgreich in einem gemeinsamen Beschluss aller demokratischen Parteien im Landtag.



Das Thema Periodenarmut und Stigmatisierung von menstruierenden Personen muss mehr gesellschaftliche Beachtung finden. Wir Grüne befürworten ausdrücklich kostenfreie Periodenprodukte. Da dies einer deutschlandweiten Regelung bedarf, setzen wir

uns für eine bundesweite Regelung hierzu ein.



Wir Freie Demokraten wollen den Zugang zu und die Aufklärung über Menstruationshygieneprodukte vor allem in den Bildungseinrichtungen stärken. Damit wollen wir die Gesundheit und Chancen von Frauen und Mädchen stärken und hartnäckige Stigmata

und Vorurteile bei dem Thema abbauen. Vor diesem Hintergrund werden wir die kostenlose Verfügbarkeit von Hygieneartikeln in Bildungseinrichtungen in den Fokus nehmen und eine Umsetzbarkeit prüfen.



Ja, wir arbeiten seit 2021 in dieser Sache. Der SSW hat die Landesregierung zunächst aufgefordert, sich diesem Thema zu widmen und in Berichtsform zu erläutern, inwiefern das Land hier in Erscheinung treten kann. Aufbauend auf dem Bericht haben wir per Antrag gefordert, Periodenprodukte kostenlos in Einrichtungen des Landes zur Verfügung zu stellen und auf kommunaler Ebene darauf hinzuwirken, dass auch Periodenprodukte in kommunalen demokratischen Parteien überzeugen können und schließlich im

März 2022 einen gemeinsamen Antrag verabschiedet, mittels dessen Menstruationsartikel in öffentlichen Einrichtungen des Landes kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollen. Uns war dieses Thema sehr wichtig, da es nicht nur um ein Verhindern von Periodenarmut und praktische Hilfe geht, sondern um Sichtbarkeit, eine positive Auseinandersetzung mit dem eigenen Körper und eine offene Gesprächskultur. Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Wir haben nach und nach die anderen



Wir setzen uns ein für Kostenfreie Menstruationsprodukte auf öffentlichen Toiletten! In allen öffentlichen Toiletten des Landes sollen Hygieneprodukte, die Menstruierende benötigen, künftig kostenlos zugänglich sein.